

Interpellation von Gemeinderat J.P. Flachsmann betr. Genauigkeit der Baukostenvoranschläge

Antwort des Stadtrates vom 17. August 1976

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

I.

An der Sitzung vom 22. Juni 1976 reichte Gemeinderat J.P. Flachsmann folgende Interpellation ein:

"Der Stadtrat wird gebeten, folgende 2 Fragen zu beantworten:

1. Welche konkreten Massnahmen gedenkt der Stadtrat zu ergreifen, damit die in den Kreditvorlagen aufgeführten Baukostenvoranschläge mit Bezug auf ihre Genauigkeit ein Niveau erreichen, das sich mit jenem der Privatwirtschaft vergleichen lässt?
2. Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, damit in Zukunft Kreditschiebungen vermieden werden, wie dies beim Ausbau der Industriestrasse vorgekommen ist?"

II.

In seiner Begründung weist der Interpellant auf die Abrechnung des Ausbaues der Industriestrasse hin und bemängelt die im Kostenvoranschlag vorhandenen Reserven sowie eine im Laufe der Arbeiten vorgenommene Projekterweiterung.

Hiezu nimmt der Stadtrat wie folgt Stellung:

Seit einigen Jahren führt das Stadtbauamt vor der Ausarbeitung einer Kreditvorlage an den Grossen Gemeinderat eine öffentliche Submission durch. Grundlage für die Submission sind die Massenauszüge, die aufgrund der Projekte vorgenommen werden. Da insbesondere bei Tiefbauarbeiten immer mit gewissen Unbekannten gerechnet werden muss und sich äussere Umstände wie Wetterverhältnisse sehr negativ auswirken können, muss je nach Bauvorhaben eine Massenreserve berücksichtigt werden. Der Kostenvoranschlag wird dann jeweils aufgrund der Submissionsergebnisse ausgearbeitet, wobei als Reserve in der Regel noch ca 10% aufgerechnet werden. Die Kostenvoranschläge werden somit nach Gesichtspunkten ausgearbeitet, die auch in der Privatwirtschaft Gültigkeit haben.

Wir vertreten die Auffassung, dass es im Interesse der Stadt liegt, die Kostenvoranschläge knapp zu rechnen. Damit wird bezweckt, während der ganzen Dauer eines Bauvorhabens die Kostensituation mit aller Konsequenz verfolgen zu müssen. Zweifelsohne ist dieses System vom finanziellen und wirtschaftlichen Standpunkt aus richtig. In der politischen Meinungsbildung wird dieser Umstand leider vielfach nicht richtig gewürdigt, indem man bei Kostenunterschreitungen mit Lob, bei -überschreitungen mit Tadel bedacht wird.

Der Interpellant stützt sich auf die Abrechnung für die Industriestrasse. Hiebei handelt es sich nicht um einen Neubau einer Strasse,

sondern um eine Sanierung. Es konnte deshalb nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden, was im Verlaufe der Arbeiten alles zum Vorschein kommt. Bei Renovationen von Altbauten ist es selbstverständlich, dass man einen sogenannten Umbauschlag einrechnet. Das gleiche gilt aber auch für Sanierungen im Tiefbau. Im angeführten Beispiel sind tatsächlich einige Positionen zu hoch berechnet worden und das Preisgefüge im Tiefbau war in diesem Zeitpunkt sehr unstabil.

Wir sind bemüht, korrekte Kostenvoranschläge auszuarbeiten und glauben, dass sich in der Art des Vorgehens keine Änderungen aufdrängen. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Abrechnungen haben auch gezeigt, dass die Kostenvoranschläge seriös ausgearbeitet waren.

Im Punkt 2 der Interpellation wird der Vorwurf der Kreditschiebung erhoben; ebenfalls wird anhand der Industriestrasen-Sanierung dargelegt, dass das Bauamt in eigener Kompetenz eine Projekterweiterung vorgenommen habe, ohne den Stadtrat, bzw. den Grossen Gemeinderat zu orientieren. Diese Vorwürfe werden deutlich zurückgewiesen. Die Sanierung der Industriestrasse, die während einer längeren Zeitspanne erfolgte, umfasste auch das Teilstück der Gotthardstrasse bis zur Baarerstrasse. Auch dieser Abschnitt war Bestandteil des Kreditbeschlusses. Während der Bauarbeiten wurde durch den Kanton die Kreuzung Baarerstrasse/Gotthardstrasse ausgebaut, d.h. längs des Neustadtzentrums wurde zu Lasten des Kantons eine zusätzliche Vorsortierspur für Rechtsabbieger geschaffen. Dies bedingte eine entsprechende Anpassung des nördlichen Teilstückes der Gotthardstrasse. Die sicher als zweckmässig vorgenommenen Massnahmen hatten ihre Auswirkungen bis zur Industriestrasse. Gegenüber der ursprünglichen Gotthardstrasse wurde sie wegen der Vorsortierspuren und der Trenninseln verbreitert. Vorerst war vorgesehen, bei der Einmündung der Poststrasse eine Lichtsignalanlage zu installieren. Dies hätte eine Vorlage an den Grossen Gemeinderat bedingt, da in der Sanierungsvorlage nie die Rede von einer Lichtsignalanlage war. Auf die Verwirklichung wurde jedoch verzichtet, da man zuerst praktische Erfahrungen sammeln wollte. Das Erweiterungsprojekt der Gotthardstrasse wurde dem Stadtrat unterbreitet, der das Bauamt beauftragte, mit der Metallwarenfabrik die Landverhandlungen zu führen. Diese konnten zu günstigen Bedingungen abgeschlossen werden. Der Stadtrat stimmte aus sachlichen Gründen der Verbreiterung der Gotthardstrasse zu, nachdem feststand, dass der bewilligte Kredit nicht überschritten werde.

Der Stadtrat ist der Auffassung, dass diese Projektänderung richtig war und in seiner Kompetenz lag. Eine Vorlage an den Grossen Gemeinderat hätte die Bauzeit um min. 3-4 Monate hinausgezögert, was angesichts der Verkehrsdichte nicht verstanden worden wäre. Den Vorwurf der Kreditschiebung weisen wir entschieden zurück. Die beanspruchten Mittel stammten ausschliesslich aus dem bewilligten Kredit für die Sanierung der Industriestrasse und der Gotthardstrasse.

Im übrigen weisen wir darauf hin, dass die Rechnungsprüfungskommission diese Schlussabrechnung prüfte. Baupräsident, Stadtingenieur und weitere Sachbearbeiter gaben die erwünschten Auskünfte.

Im Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom 2. Juni 1976 (GGR Vorlage Nr. 407) wurde die erwähnte Schlussabrechnung behandelt und der Sachverhalt bezüglich Projekterweiterung dargelegt. Weder gegen den Stadtrat noch gegen die Bauabteilung wurden Vorwürfe erhoben.

A n t r a g :

Wir beantragen Ihnen, von dieser Antwort Kenntnis zu nehmen und die Interpellation J.P. Flachsmann von der Geschäftsliste abzuschreiben.

Zug, 17. August 1976

DER STADTRAT VON ZUG

Der Stadtpräsident: Der Stadtschreiber:
E. Hagenbuch A. Grünenfelder